

# **Kooperative Sicherheit und der Beitrag der OSZE oder wie kommen wir aus der tiefsten Krise der europäischen Sicherheit?**

Schweizerische Gesellschaft für militärhistorische  
Studienreisen (GMS)

**Rede von  
Thomas Greminger, Direktor, GCSP**

Zürich , 26. Februar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bedanke mich für die Einladung und freue mich, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie mich nicht wieder ausgeladen haben, obwohl ich über die letzten zwei Monate zum Thema meines heutigen Vortrages nicht immer richtig gelegen bin, wie Sie in den Medien sicher feststellen konnten.

Wir erleben gegenwärtig die größte Krise der europäischen Sicherheit seit Ende des Kalten Kriegs. Und noch ändert sich die Lage weiterhin fast stündlich.

Als ich diese Rede vor zwei Wochen geschrieben habe, bin ich noch davon ausgegangen, dass wir ab 20. Februar eine Deeskalation, mit Rückzug der russischen Manövertruppen aus Belarus erleben würde. Jetzt wird in den Straßen von Kiew gekämpft. Ich habe die Rede deshalb umgeschrieben.

Oft werde ich diese Tage gefragt, ob die Situation noch weiter eskalieren könnte? Und die Antwort ist: Ja, es gibt ein sehr reales Risiko, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen noch weiter verschlechtern könnten. Ich vermute wir werden uns in Richtung eines Kalten Krieges 2.0 bewegen, das Gespenst eines 3. Weltkrieg will ich nicht heraufbeschwören.

Ich würde behaupten, dass ein Grund für diese Spannungen darin liegen, dass die Staaten des euro-atlantischen Raumes die Vorzüge der Kooperation nicht mehr richtig einschätzen und Sicherheit als ein zu selbstverständliches Gut ansehen.

Ich sehe aber gleichzeitig einen Silberstreif am Horizont: Diese Katastrophe könnte dazu führen, dass die Staaten zumindest mittel- bis längerfristig die Notwendigkeit des Dialogs, des Respekts und der Gegenseitigkeit wieder stärker zu schätzen wissen. Aber es sollte nicht erst eines Krieges bedürfen, um uns die Notwendigkeit vor Augen zu führen, Vertrauen und Sicherheit in Europa wiederherzustellen. Und das ist genau der Punkt, an dem wir uns im Moment befinden.

Sie mögen mir nun erwidern, jetzt sei nicht der richtige Zeitpunkt, um über kooperative Sicherheit zu sprechen. Ja, Sie haben auf eine Weise recht. Aber es wird der Tag kommen, an dem wir genug von der Konfrontation haben, wir wieder miteinander reden und den Kalten Krieg 2.0 vielleicht gar durch ein Helsinki 2.0 ersetzen wollen.

Deshalb möchte ich heute mit Ihnen darüber sprechen, wie kooperative Sicherheit uns aus der Konfrontation führen könnte und welche Rolle dabei das institutionelle Sinnbild der kooperativen Sicherheit, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), spielen könnte.

### **Was ist kooperative Sicherheit?**

Zunächst ein paar Worte zur begrifflichen Klärung. Wir hören ja häufig den Ausdruck "kollektive Sicherheit", manchmal auch den der "gemeinsamen Sicherheit", aber deutlich weniger "kooperative Sicherheit". Was bedeutet dies also?

Kooperative Sicherheit ist ein Ansatz zur Verbesserung der Sicherheitsbeziehungen zwischen Staaten, der auf der Prämisse beruht, dass wir Sicherheit *miteinander* und nicht *voreinander* anstreben. Im Gegensatz dazu ist die kollektive Sicherheit eine Allianz von Staaten, die sich *gegen* jemanden richtet. Die kooperative Sicherheit geht von der Frage aus: Mit wem müssen wir

zusammenarbeiten, um gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen zu bewältigen?

Bei der kooperativen Sicherheit geht es also eher um Konsultation als um Konfrontation, um Transparenz statt Geheimhaltung und um Rückversicherung statt um Abschreckung. Die kooperative Sicherheit geht davon aus, dass Sicherheit unteilbar ist und nicht von einem Staat allein erreicht werden kann.

Natürlich gehören zum Tango-Tanzen immer zwei. Wenn eine Seite die Zusammenarbeit verweigert oder Gewalt anwendet, ist die Zeit für kooperative Sicherheit nicht mehr da oder noch nicht reif. Andernfalls wäre das „Appeasement“, eine Beschwichtigungspolitik. Das wollen wir nicht! Es gibt Zeiten, in denen robustere Reaktionen erforderlich sind – also Abschreckung, „Deterrence“.

Ausserdem möchte ich betonen, dass kooperative Sicherheit nicht den Anspruch erhebt, ewigen Frieden zu schaffen oder eine Utopie aufzubauen. Vielmehr ist sie darauf ausgerichtet, die Beziehungen zwischen Staaten friedlicher und vorhersehbarer zu gestalten. Im Moment wird uns ja vor Augen geführt, was passiert, wenn die Zusammenarbeit scheitert. Im Weiteren argumentiere ich, dass kooperative Sicherheit in einer interdependenten Welt pragmatische Politik, ja eigentlich Realpolitik darstellt. In diesem Zusammenhang sagt UN-Generalsekretär Antonio Guterres gerne: "Solidarität ist Eigeninteresse," denn komplexe, grenzüberschreitende Herausforderungen können in der Tat nur bewältigt werden, wenn Staaten einen Weg finden, zusammenzuarbeiten.

Was sind die konstituierenden Elemente eines solchen Ansatzes? Ich möchte hier fünf Aspekte aufführen:

### **1. Dialog**

In meinem ersten Punkt möchte ich den Fokus auf den Dialog legen. Dialog mag selbstverständlich erscheinen, aber die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind seit Jahren so polarisiert, dass Dialog zum Tabu geworden ist. Das gilt insbesondere seit 2014 (illegale Annexion der Krim), als der Westen die Doktrin „no business as usual“ adoptiert hat. Das hieß in der Praxis, nicht mehr mit den Russen zu reden. Kein gutes Rezept.

Wie Desmond Tutu gesagt hat: „Wenn man Frieden will, muss man mit seinen Feinden reden, nicht nur mit seinen Freunden.“

Als Generalsekretär der OSZE habe ich stets versucht, diesem Prinzip nachzuleben. Und das ist auch mein Ansatz als Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP) – ganz im Sinne des Internationalen Genfs. Ich betrachte das GCSP als einen sicheren Raum, in dem sich Gleichgesinnte, aber auch Nicht-Gleichgesinnte treffen, ihre Ansichten austauschen, dabei vielleicht zu einem besseren Verständnis und gar zur Zusammenarbeit gelangen können. Das entspricht auch ganz dem Ruf unseres Landes, ein sicherer, neutraler Ort zu sein, wo sich Menschen treffen und für den Frieden engagieren können. Aus diesen Gründen haben sich die Präsidenten Biden und Putin im vergangenen Juni in Genf getroffen und deshalb fühlen sich auch die Teilnehmer des Strategischen Stabilitätsdialogs zwischen den Amerikanern und Russen in Genf wohl.

## **2. Gemeinsame Interessen ermitteln**

Im Idealfall, und damit komme ich zu meinem zweiten Punkt, können die Seiten durch den Dialog ihre Beziehungen friedlicher und kooperativer gestalten. Sie tun dies, indem sie gemeinsame Interessen identifizieren, obschon sie sich in vielen Dingen uneinig sind. Die Friedrich-Ebert-Stiftung nennt diese überlappenden Interessenfelder „Inseln der Zusammenarbeit“. Die EU bezeichnet denselben Ansatz in ihrer Russland-Strategie „Felder des selektiven Engagements“. Politologen bezeichnen diese Methode ganz nüchtern als Kompartimentalisierung der Aussenbeziehungen.

Das ist ein schwieriger, aber nicht unmöglicher Ansatz. Wenn man den Russen und den NATO-Staaten zuhört, äussern sie häufig dieselben Sicherheitsbedenken. Sie fühlen sich eingekreist, es fehlt ihnen an Vertrauen, sie sind besorgt über Truppen und Raketen in der Nähe ihrer Grenzen und sie beklagen sich darüber, die andere Seite hätte eingegangene Verpflichtungen verletzt. Da lassen sich überlappende Interesse finden. Das sind bereits potenzielle Ansätze der Kooperation.

Ausserdem brauchen die Seiten einander für den Handel, für die Energieversorgung, für den Finanzverkehr, aber auch im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, wie Terrorismus und organisierter Kriminalität. Im Weiteren gibt es offensichtliche gemeinsame aussenpolitische Interessen in Bezug auf Afghanistan, Iran, Nordkorea, oder hinsichtlich der Nutzung des Weltraums und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen.

## **3. Gemeinsam vereinbarte Regeln**

Dialog und gemeinsame Interesse reichen jedoch nicht. Deshalb ist mein dritter Punkt, dass es gemeinsame Regeln geben muss. Gespräche sollten zu Verhandlungen führen und Verhandlungen zu Massnahmen. Dazu müssen die Seiten einander vertrauen, und es muss eine Vorhersehbarkeit in ihren Interaktionen geben. Und dies kann vor allem mit Regeln sichergestellt werden.

Leider wurden die meisten der Regeln, die das Fundament der europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg bildeten, in den letzten 25 Jahren regelmässig verletzt und zwar von verschiedenen Seiten. Ich rede von den Grundsätze und Verpflichtungen, die in den Schlüsseldokumenten der KSZE/OSZE verankert sind: in der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 , der Charta von Paris (1990), der Charta für die Europäische Sicherheit von 1999 und in der Erklärung des Gipfels von Astana (2010). Hier geht es um Grundsätze wie das Verbot, Grenzen einseitig oder gewaltsam zu verändern, die Achtung der territorialen Souveränität, die Selbstbestimmung von Völkern, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, aber auch der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten als Bestandteil einer umfassenden Konzeption von Sicherheit. Ohne solche Leitplanken und deren Respektierung ist die Wahrscheinlichkeit, dass Staaten in einen Konflikt geraten, viel höher. Wir sehen das Ergebnis der Nichtrespektierung von Regeln momentan laufend auf unserem Bildschirm.

Lassen Sie mich kurz die Relevanz der Prinzipien anhand der aktuellen Krise erläutern: Im Kern der aktuellen Spannungen steht die Garantieforderung Russlands für einen Nichtbeitritt der Ukraine in die NATO. Diese Forderung illustriert das Dilemma zwischen zwei grundlegenden Prinzipien der europäischen Sicherheit. Auf der einen Seite steht das Recht eines jeden Staates auf die freie Wahl seiner Sicherheitsarrangements, inklusive der Allianzen. Auf der anderen das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit. Dies bedeutet, dass kein Staat seine eigene Sicherheit auf Kosten eines anderen Staates erhöhen darf. Wenn Sie diese beiden Grundsätze auf die Staaten zwischen der NATO und der

Russischen Föderation anwenden – also auf die Ukraine, Georgien, Moldawien, Belarus, Armenien und Aserbeidschan – , dann wird rasch klar, dass wir einem Dilemma gegenüberstehen. Sie haben sicherlich auch festgestellt, dass die beiden Seiten in den letzten Monaten jeweils nur auf das ihnen nahestehende Prinzip insistierten. Die gute Nachricht ist jedoch, dass sich dieses Dilemma mittels Dialog, Diplomatie und politischem Willen auflösen lässt. Leider ist im Vorfeld der kriegerischen Auseinandersetzung die Anerkennung, dass eine Versöhnung der beiden Prinzipien möglich und über Verhandlungen anzustreben wäre, ausgeblieben.

Natürlich sind seit der Unterzeichnung der erwähnten Grundlagendokumente neue Bedrohungen und Herausforderungen entstanden: Cyberangriffe, mächtige nichtstaatliche Akteure wie terroristische oder kriminelle Gruppen, die Auswirkungen der modernen Technologie auf die Sicherheit und die Menschenrechte oder die Konsequenzen des Klimawandels für die Sicherheit. Das heisst aber nicht, dass wir uns nicht von den bestehenden Grundsätzen und Verpflichtungen verabschieden sollten – das wäre äusserst gefährlich. Aber wir müssen sie im modernen Kontext auslegen. Und wir müssen sicherstellen, dass sie auch umgesetzt werden. Ein fundamentaler erster Schritt dahin wäre, dass die Staaten wieder ein gemeinsames Verständnis erlangen, was diese Prinzipien heute bedeuten.

#### **4. Aufbau von Vertrauen und Zuversicht**

Um so weit zu kommen – das ist mein vierter Punkt – benötigen wir Massnahmen, die erlauben, Vertrauen wieder aufzubauen. Dabei können wir uns von den Massnahmen inspirieren lassen, die in den 1980er und 90er Jahren entwickelt wurden, um die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen während und nach dem Kalten Krieg zu verbessern: die sogenannten Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen (VSBMs). Leider wurden sie in den letzten Jahren nicht mehr konsequent angewandt und auch nicht mehr modernisiert. Dies ist zweifelslos mitverantwortlich für den starken Vertrauensverlust.

Zu solchen Massnahmen gehören praktische Instrumente wie Hotlines zwischen Verteidigungsministern, Armeechefs und Kommandanten. Es geht um den Austausch von Informationen über neue Waffensysteme, Militärübungen oder Truppenbewegungen, um Überraschungen auszuschliessen. Sie beinhalten die Entsendung von Beobachtern zur Überwachung von Manövern, Überflüge und Besuche von Militärstützpunkten, um die Truppenpräsenz zu überprüfen oder neue Waffensysteme zu inspizieren. Ganz zentral sind Krisenkommunikationsnetze, Kontakte zwischen Militärs und offene Diskussionen über Bedrohungswahrnehmungen und Streitkräftestrukturen.

Fehlen solche Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen, so können Propaganda, Fake News und Paranoia rasch die Oberhand gewinnen. Leicht können Emotionen, Ängste und ein Gefühl der Bedrohung geschürt werden. Wie wir aus der Geschichte wissen, handeln Menschen, einschliesslich Politiker, nicht immer rational. Und je größer der Druck ist, desto höher ist das Risiko einer emotionalen oder irrationalen Reaktion. Auch dafür haben wir in der vergangenen Woche Beispiele gesehen. Bezeichnenderweise stellte Thukydides bei der Beschreibung des Peloponnesischen Krieges fest, dass Furcht, Ehre und Eigeninteresse die Hauptgründe waren, die zum Krieg geführt haben. Deshalb brauchen Entscheidungsträger genaue Informationen, gute Analysen sowie offene Kanäle für den Dialog, um den Nebel des Krieges zu lichten.

## **5. Wir sind alle Akteure der europäischen Sicherheit**

Kommen wir zu meinem fünften Punkt: Der Frieden in Europa ist zu wichtig, um ihn allein Diplomaten und Politikern zu überlassen. Ein wesentlicher Teil des Erfolgsgeheimnisses der KSZE in den 1970er und 80er Jahren war das aktive Engagement der Zivilgesellschaft. Ich sehe daher eine wichtige Rolle für zivilgesellschaftliche Organisationen, für die Akademie und für Think Tanks darin, Ideen, Interesse und Druck zu erzeugen, um die politischen Entscheidungsträger zum Engagement zu bewegen und um wieder eine Dynamik für ein friedlicheres und kooperativeres Europa in Gang zu bringen.

Das Engagement für Sicherheit und Frieden gehört wieder auf die Agenda der Politiker und Politikerin. Oder, wie Albert Einstein einmal sagte: "Die Welt ist ein gefährlicher Ort zum Leben; nicht wegen der Menschen, die böse sind, sondern wegen der Menschen, die nichts dagegen tun."

Deshalb müssen wir den Sinn für die Dringlichkeit von Frieden und Sicherheit wieder schärfen. Das bedeutet übrigens nicht nur, sich für eine starke Armee zu engagieren, sondern ebenso sich für die ausgreifenden Komponenten unsere Sicherheitspolitik einzusetzen: für die Stärkung multilateraler Institutionen, die Wiederbelebung der Rüstungskontrolle und die Stärkung von Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Massnahmen.

### **Die Schweiz als Brückenbauerin am Beispiel des Krisenmanagements in der Ukraine im Jahr 2014**

Erlauben Sie mir nun ein paar Worte und ein praktisches Beispiel zur Illustration der Rolle der Schweiz als Brückenbauerin und Friedensstifterin: Diese Rolle wird umso wichtiger werden, wenn wir 2023 und 2024 nichtständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats sind. Eine ähnlich wichtige Rolle haben wir das letzte Mal im Jahr 2014 gespielt, als die Schweiz den Vorsitz der OSZE innehatte. Ich hatte damals die Aufgabe, den Ständigen Rat der OSZE als Vorsitzender zu führen. Der Ständige Rat ist das wichtigste Dialog- und Entscheidungsgremium der Organisation, der jede Woche in Wien auf Stufe der Botschafter der 57 Teilnehmerstaaten tagt.

Als die Krise in und um die Ukraine ausbrach – vor fast genau 8 Jahren – wurde der Schweizer Vorsitz auf eine harte Probe gestellt. Mit den dramatischen Ereignissen auf dem Maidan-Platz zeichnete sich eine ernsthafte Krise bereits recht früh ab. Präsident Janukowitsch aber wollte die Situation nicht "internationalisieren", wollte keine Hilfe von Aussen annehmen. Das änderte sich schnell und umfassend, als er abgewählt wurde und in der Nacht des 21. Februars 2014 das Land verließ oder verlassen musste – je nach Narrativ. Nur drei Tage später sprach Aussenminister Didier Burkhalter als OSZE-Vorsitzender vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Er schlug die Einrichtung einer internationalen Kontaktgruppe für die Ukraine als Teil eines umfassenden Pakets von Deeskalationsmaßnahmen vor. Aus diesem Vorschlag entstand zunächst im April eine Kontaktgruppe, die sich aus der Russischen Föderation, der Ukraine, der USA und der EU zusammensetzte. Im Juni 2014 formierte sie sich in die Normandie-Gruppe um, bestehend aus der Ukraine, der Russischen Föderation, Frankreich und Deutschland. Nach dem Vorbild der im Balkankrieg geschaffenen Kontaktgruppe entstand damit eine Instanz, die zentral für die Definition der politischen Vorgaben zur Konfliktbewältigung wurde.

Doch die Lage vor Ort verschlechterte sich schnell. Unbekannte bewaffnete Männer – die "kleinen grünen Männchen" – nahmen Ende Februar Regierungsgebäude in Simferopol, der Hauptstadt der Krim, in Beschlag, der Beginn der

Annektierung der Krim. Am 3. März 2014 ersuchte die neue Regierung in Kiew die OSZE um die Entsendung einer Beobachtermission in die Ukraine.

Die Wahrscheinlichkeit, dass es gelingen würde, eine solche Mission zustande zu bringen, schien zu Beginn eher gering. Die OSZE ist eine konsensorientierte Organisation, sodass alle Parteien – insbesondere die Russische Föderation und die Ukraine – zur Zustimmung zu bewegen waren. Und im Gegensatz zu den Vereinten Nationen verfügt die OSZE nur über begrenzte Erfahrungen und Kapazitäten für die Durchführung von Friedensoperationen. Es war anfänglich auch nicht klar, ob die Russische Föderation überhaupt bereit war, den Konflikt in dem Mass zu internationalisieren. Die OSZE verfügt jedoch auch über mehrere Vorteile. Sie hat eine umfassende Mitgliedschaft, einschließlich der Ukraine, der Russischen Föderation, der Vereinigten Staaten und aller EU-Mitgliedstaaten. Sie verfolgt einen kooperativen (und eben nicht bedrohlichen) Ansatz. Sie verfügt zudem über ein breites Spektrum von Instrumenten zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Und sie gilt als regionale Vereinbarung, im Sinne von Kapitel VIII der UN-Charta.

Ausserdem war die Schweiz als Vorsitzland gut positioniert, um den Dialog zu fördern. Als neutrales Land mit beträchtlichen Ressourcen, einer starken Vermittlungskapazität und einer Tradition als ehrliche Vermittlerin war sie gut gerüstet, den Versuch zu wagen, einen Konsens zu erzielen. Durch einen glücklichen Zufall war Aussenminister Burkhalter zu diesem Zeitpunkt auch Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Dies ermöglichte es ihm, mit anderen Staatschefs wie der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und mit Präsident Putin auf Augenhöhe zu verkehren.

Es herrschte – wie heute – viel Verwirrung und Desinformation über die Geschehnisse in der Ukraine. Es war deshalb wichtig, rasch neutrale Beobachter vor Ort zu haben, die über die Entwicklungen berichten und die durch ihre Anwesenheit das Risiko einer Eskalation verringern konnten. In den ersten drei Märzwochen 2014 leitete ich die Verhandlungen im Ständigen Rat mit dem Ziel, eine Einigung zum Mandat der OSZE-Beobachtungsmission zu erzielen. Die Verhandlungen waren schwierig, kamen mehrmals ins Stocken und drohten mindestens dreimal zu scheitern. Doch wenn immer die Verhandlungen auf Botschafterebene in Wien blockiert waren, hoben wir sie auf die Ebene der Hauptstädte, häufig der Aussenminister – Berlin, Kiew und Moskau waren die wichtigsten Akteure. Um die schwierigsten Blockaden zu überwinden, waren auch einige Telefonate unter Staatschefs unumgänglich und schliesslich entscheidend.

Am 21. März – weniger als drei Wochen nachdem wir ein offizielles Ersuchen der Ukraine erhalten hatten – traf der Ständige Rat einen Konsensentscheid über die Entsendung einer OSZE-Sonderbeobachtungsmission (SMM) in die Ukraine. Damit war der Weg frei für die Entsendung der ersten hundert internationalen Beobachtern. Die allerersten Beobachter trafen innerhalb von 24 Stunden nach der Entscheidung des Ständigen Rats in der Ukraine ein – mit Sicherheit ein Rekord für eine internationale Organisation. Schliesslich verfügte SMM über mehr als 800 Beobachter aus über 40 Ländern. Unterstützt wurde sie durch viel Technologie, insbesondere Drohnen, sowie durch Kamera- und Satellitenbilder.

Die SMM stellte die Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft dar. Sie hat vertrauensbildende Massnahmen und Tausende von lokalen Waffenstillständen oder "Windows of silence" vermittelt, welche die Reparatur kritischer Infrastrukturen, einschließlich der Wasser-, Gas- und Stromversorgungsinfrastruktur, ermöglichten und somit das Leben von 3 Millionen Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie erträglicher gestalteten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir ehrlich: Die SMM wurde eingerichtet, um den Waffenstillstand zu überwachen und lokale Eskalationen zu verhindern. Sie wurde jedoch nicht entsandt, um Hunderte oder Tausende von Explosionen pro Tag zu zählen und schon gar nicht, um einen geplanten Angriff zu stoppen. Und heute ist die Zukunft dieser Mission in Frage gestellt.

Der Konflikt im Donbass hat nun über Jahre Hunderttausende von Ukrainern vertrieben. Andere lebten immer noch in der so genannten "Grauzone" zwischen den Kriegsparteien. Sie versuchten, ihr Leben zu meistern, liefen dabei aber immer Gefahr, ins Kreuzfeuer zu geraten, auf eine Mine zu treten oder durch die Kämpfe von Wasser, Gas oder Strom abgeschnitten zu werden.

Und nun ist der Konflikt im Donbass auf eine neue Stufe gehoben worden: Er ist Teil einer grösseren kriegerischen Auseinandersetzung in Europa geworden. Damit sind wir wieder in der Gegenwart angelangt.

### **Schritte af dem Weg vom Krieg zum Frieden**

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch einige Überlegungen – vielleicht sind es nicht viel mehr als Spekulationen angesichts einer sich ständig verändernden Situation – vortragen, wie wir aus dieser tiefen Krise der europäischen Sicherheit rauskommen könnten. Wie könnten mögliche Schritte auf einem Weg vom Krieg zum Frieden aussehen. Ich werde vier kurze Punkte erwähnen:

**Erstens** muss der Krieg so rasch als möglich eingestellt werden. Waffenstillstand. Am besten über einen bedingungslosen Waffenstillstand. Es braucht dringend Deseskalationsmassnahmen, um einen geeigneten Rahmen zu schaffen, konstruktive Verhandlungen zu führen.

**Zweitens:** Je nach der Länge des Krieges und der Art und Weise, wie er beendet wird – ist es ein „Siegfrieden“ oder ein verhandelter Frieden mit einem einigermaßen fairen Ausgang – wird der Kalte Krieg 2.0 kürzer oder länger und tiefer. Ich rechne mit schwerwiegenden und umfassenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

**Drittens:** sobald eine Wille vorhanden ist, wieder miteinander zu reden und sich schrittweise über kooperative Elemente aus dem Kalten Krieg 2.0 zu verabschieden, könnte man auf den Erfahrungen bezüglich der Prozesse und der Substanz der letzten beide Monate aufbauen. Inspiration könnte aber auch der Verhandlungsprozess zwischen den Jahren 1972 bis 1975 bieten, der zur Schlussakte von Helsinki führte.

Auch wenn die Verhandlungsformate, die über die letzten drei Monate benutzt worden sind, nicht den erhofften diplomatischen Erfolg brachten, könnten sie sich in der Zukunft als nützlich erweisen. Dabei wird das bilaterale Format zwischen den USA und der Russischen Föderation, sei es auf Ebene der Präsidenten, der Aussenminister oder der Arbeitsebene des Strategischen Stabilitätsdialogs, sicher eine wichtige Rolle spielen. Bekanntlich sprechen Grossmächte gerne unter sich. Es braucht aber auch inklusivere Foren. Da bietet sich die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates und natürlich als umfassendstes Format die OSZE an. Wichtig ist dabei, dass sich die Schlüsselakteure auf einen durchdachten Prozess einigen. Sie müssen sich im Klaren sein, welche Inhalte sie auf welchen Plattformen diskutieren und schliesslich verhandeln wollen.

**Viertens:** Was die Verhandlungsinhalte anbelangt, so ist in den letzten zwei Monaten sehr viel Substanz auf den Tisch gebracht worden, insbesondere

durch die russischen Vertragsentwürfe und die amerikanische Antwort darauf. Seit mindestens einem Jahrzehnt hatte es keine derartige Verhandlungsbereitschaft zu einer breiten Palette von Fragen der europäischen Sicherheit mehr gegeben. Kommen diese Verhandlungselemente auch nach der kriegerischen Auseinandersetzung wieder auf den Tisch? Falls ja, dann könnte über drei Kategorien von Fragen diskutiert werden: Zunächst über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen sowie militärische Risikominderung. Dies könnte die Stärkung des Dialogs von Militärs zu Militärs, die Prävention und das Management von Unfällen und Zwischenfällen, mehr Transparenz und Zurückhaltung bei Grossmanövern in Grenznähe sowie schliesslich die Modernisierung des Wiener Dokuments beinhalten.

Im Bereich der Rüstungskontrolle könnte über subregionale Rüstungskontrolle im Schwarzen Meer sowie in der Baltischen See verhandelt werden. Beides stellten über viele Jahre politische Tabuthemen dar. Dadurch wäre auch die Stationierung kritischer Waffensysteme und Truppenobergrenzen an der NATO-Russland-Kontaktlinie weitgehend zu regeln. Natürlich müsste auch das Nachfolgeregime für die nuklearen Mittelstreckenwaffen (früher INF) definiert werden. Schliesslich haben wir kein Interesse an einem nuklearen Rüstungswettrennen in Europa.

Sodann gibt es keine Alternative zu einer Reflexion über die Grundsatzfragen der europäischen Sicherheit. Ich bin weiterhin der Auffassung, dass die Vorbereitung auf das 50-Jahr-Jubiläum des Schlussabkommens von Helsinki ein geeigneter Anlass wäre, einen diplomatischen Prozess zu lancieren, der zum Ziel hat, wieder zu einem gemeinsamen Verständnis über die Prinzipien der europäischen Sicherheit zu gelangen.

Sie sehen, und dies ist meine Schlussbemerkung, ich halte es mit Churchill, der davon überzeugt war, dass in jeder Krise auch eine Chance liegt. Ich hoffe, dass wir diese Gelegenheit lieber früher als später ergreifen.